

Saale-Beitung.

Dreimunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei halbjährlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts Belegblätter, Bestellungen werden von allen Buchhandlungen und Postämtern angenommen.

Dr. 6308 des amtl. Zeit.-Berg. für die Redaktion verantwortlich Dr. Oswald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Nr. 28.

Halle a. d. Saale, Dienstag den 17. Januar

1899.

Das Wachstum des Wohlstandes.

Herr Edmund Klapper, der vertragsmäßige Sachverständige des Bundes der Landwirthe, bezieht in seiner „Deutschen Agrarzeitung“ dem Grafen Faldenow und dem Freiherrn v. Hammerstein, das ihre Ansichten sich jetzt vollständig mit den nationalwirtschaftlichen Ansichten decken, die Jahre hindurch vertrieben habe. Der Bund der Landwirthe ist mit diesen Staatsmännern höchlich zufrieden. Aber freilich, diese Ansicht gilt nicht allen Mitgliedern der Regierung; denn noch immer soll die korrekte Bemessung des Staatspreises des Innern und des Landwirtschaftsministeriums durch böse Geister an leitender Stelle durchkreuzt werden. Der Glaube an die Zweckentfremdung wird wieder lebendig. Allein wer soll gegenwärtig die schwarze Seele darstellen? Wäre der „Acker“ oder wäre der „Staatsanwalt“ noch im Amte, dann müsste man, auf von sich die Ausdeutung der „Deutschen Agrarzeitung“ beziehen könnte. Aber Herr v. Böttcher erscheint in Berlin höchstens, um seinen Schwärzen Widerstand zu zeigen und Adolf Meißel als „Glaubensbrüder“ zu begrüßen, und Herr v. Marfald will in angenehmer Zurückgezogenheit an demselben Ort. Aber also fand die Staatsmänner neuen Herr Edmund Klapper droht, daß sie sofort und endgültig abgesetzt werden müßten?

Bezieht wird diese Frage bald in der Wünderertheilung eingeleitet, dass die Agrartheorie, mit der getrennt der verarbeitete Landbau eröffnet worden ist, ebenfalls die Zweckentfremdung eingewirkt widersteht. Auf der einen Seite neue Klagen über die Noth der Landwirtschaft und geistliche Bewegungen vor ihrer Kulturansicht. Wenn der Mittelstand bringend befristet wird, so verläßt die Regierung nicht, auf die Wichtigkeit dieser Wasserstraßen für Industrie und Handel hinzuweisen. Sie sucht auch den Widerstand der Agrarier durch die fröhliche Hervorhebung des Nutzens dieser Straßen für die Landkultur zu mildern, und während noch jüngst im Reichstag vom Wünderertheilung eine Befreiung der landwirtschaftlichen Verhältnisse zugesprochen wurde, versichert jetzt die preussische Regierung, daß die Landwirtschaft immer noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Allein hauptsächlich hat die Landwirtschaft im vorigen Jahre eine sehr gute Ernte gehabt, bei vortheilhaften hohen Preisen. Es kann kein Zweifel sein, daß im allgemeinen die Lage der Landwirtschaft eine recht erhebliche Befreiung erfahren hat. So sind beispielsweise in einem großen Theile des Jahres auch die Spirituspreise so hoch gewesen, wie schon seit langer Zeit nicht. Es wäre recht erwidern, wenn auch in Regierungskreisen eine feine Schrift über die Landwirtschaft von einem Herrn Philipp, der Großgrundbesitzer und Minister ist, beherzigt würde. Philipp sagt eingehend aus, daß von einer Noth der Landwirtschaft, wenn sie nicht ist, ihr Geschäft verstehen und mit der nöthigen Sorgfalt wahrnehmen, gar keine Rede sein kann. Er selbst hat den Ertrag seines großen Besitzes in wenig Jahren ganz außerordentlich gesteigert. Und das ist in denselben Jahren gegeben, wo das Agrarierthum schrie, daß die Landwirtschaft zu Grunde gehe müßte. Was Wunderliche bei dieser Veranschaulichung aber ist, daß Graf Biernacki-Wolken, einer der Vorkämpfer des Bundes der Landwirthe, der auch noch bei der jüngsten Wahl mit Unterstützung des Bundes der Landwirthe gewählt ist, die öffentliche Erklärung abgegeben hat, daß er den Ansichten dieses Herrn Philipp sehr nahe liege. Wer hat also recht, diejenigen Landwirthe, die behaupten, daß es ihnen gar nicht schadet, oder derjenige Theil der Regierung, der noch in der jüngsten Agrartheorie versichert, daß die Landwirtschaft mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe? Es kommt nicht die Richtung der preussischen Regierung, daß sie für nichtig hält, auch in der Agrartheorie zu versichern, sie erachte es als ihre erste Pflicht, fortgesetzt auf die Hebung der Landwirtschaft bedacht zu sein. Eigentlich ist eine solche Versicherung überflüssig, weil sie sich von selbst versteht. Auf die Hebung der Landwirtschaft wie des Gewerbes muß jede vernünftige Regierung bedacht sein. Denn jedes Gewerbe ist ein Theil des Nationalwohlstandes. Nur soll nicht ein Gewerbe auf Kosten des anderen oder der Gesamtheit begünstigt werden. Und was eine solche Begünstigung ist, darüber gehen die Ansichten auseinander. Aber so warum das Herz der Regierung für die Landwirtschaft schlägt, so findet vielleicht Herr Klapper trotz alledem, daß ein Theil der Agrartheorie von den schwarzen Seelen im Ministerium bezeugt sei. Denn trotz der Noth der Landwirtschaft wird in so fröhlichem Tone wie nie zuvor das Wachstum des Wohlstandes hervorgerufen. Am Anfang und in der Mitte und am Ende der Agrartheorie wird diese günstige Lage geschilbert. Glücklich, höchst günstig sind die Finanzen. Dast wird man zu das alte Recht erwidern, daß die Regierung leidenschaftlich viel Geld habe. Denn heißt es wieder bei den Staatsmännern, daß auf fast allen wirtschaftlichen Gebieten eine kraftvolle Entwicklung eingetreten sei. Und zum Schluss wird hervorgerufen, daß die gesteigerte Stoffkreislauf und stetige Entwicklung, daß die gesteigerte Stoffkreislauf zeigt: „Der Wohlstand des Landes ist höchlich im Wachsen.“ Darüber muß Herr Edmund Klapper in Saal und Hofe trauern oder vielmehr in helle Entrüstung gerathen. Denn während die Landwirtschaft Noth leidet, wächst der Wohlstand des Landes sichtlich?

Was bedeutet das anders, als daß die Landwirtschaft nicht das Land ist? Ebenfalls ist es förmlich als Evangelium, daß der Nationalwohlstand auf der Landwirtschaft beruht. Wenn der arme Graf Corvici erklärte, Deutschland sei nicht ausschließlich Agrarland, sondern großentheils schon Industrie-land, dann würde der Mann „ohne Art und Halm“ angegriffen sein ein Landverweiser. Demals sagte man es nicht, aber man meinte es doch, daß ein solcher Staatsmann ein Anwalt des

Auslandes sei. Und jetzt? Doch nicht jetzt aus der preussischen Agrartheorie klar hervor, daß trotz der Noth der Landwirtschaft, von der immer die Rede ist, auf fast allen Gebieten eine fröhliche, kräftige Entwicklung herrscht und der Nationalwohlstand sichtlich wächst? Bezieht meint man, die Staatsregierung würde die Lage etwas übermäßig schön, weil im Reichstage gerade eine Mißwirtschaft vorliegt. Aber die Annahme dieser Vorlage ist abzuweisen, und zu ihrer Deckung hat man nicht einmal neue Steuern für nötig gehalten, da die Einnahmen von selbst wachsen. Herr Klapper wird uns die Tage das Ergebnis der Steuerverwaltung mittheilen. Da wird man abermals sehen können, wie in der That nicht bloß das Einkommen, sondern auch das Vermögen des Volkes in den letzten Jahren stetig und erheblich gewachsen ist, und zwar auch in dem platten Lande. Man wird auch einigermaßen erstaunt sein, zu sehen, wie viel Kapitalvermögen sich im Besitz von Landeuten befindet.

In der That ist der wirtschaftliche Aufschwung in den jüngsten Jahren ganz erheblich gewesen. Aber auch heute noch ist von einem Niedergange keine Rede. Allerdings haben die Agrarier aus dem hohen Bandwischen manniach Kapital schlagen wollen gegen die bisherige Wirtschaftspolitik. Aber einmal wird vornehmlich schon in diesen Tagen der Bandwischen auf 5 Proz. herabgesetzt, und ebenso ist gerade die außerordentliche Inanspruchnahme der Mittel der Reichsstaatsbank zum großen Theil veranlaßt worden durch den außerordentlichen Aufschwung der Industrie und des Handels. Der Wohlstand des Landes ist sichtlich im Wachsen. Dieser Satz ist die häufigste Antwort auf die hinterlistigen Kritik an den Handelsverträgen. Haben nicht die Agrarier beständig behauptet, durch diese Handelsverträge werde das Land an den Rand des Ruins gebracht? Herr Edmund Klapper hat noch vor wenigen Wochen kolossale Zahlenreihen aufgeschrieben, um zu beweisen, daß das Land sehr vermehrt. Seit den Handelsverträgen sollen jährlich einige hundert Millionen Mark verloren gehen. Demals wurde entgegengesetzt, daß die Finanzminister davon nichts zu wissen hätten. In der That, so replizierte Herr Klapper, es sei möglich, daß einige kurzfristige Finanzminister die Wahrheit nicht erkennen. Sollte jetzt etwa selbst Herr v. Miapl, der Minister der Güter und Agrarier, als kurzfristig erdienen, sollte er schon Herrn Edmund Klapper als die schwarze Seele dieses Ministeriums erschrecken?

Doch es ist möglich, die Verantwortung dieser Frage abzumauern. Die Hauptsache ist, daß die Regierung Preussens in feierlicher Form einen fröhlichen wirtschaftlichen Aufschwung, in sichtlichem Wachsen des Wohlstandes bezeugt, und daß diese Bekräftigung den Tatsachen entspricht. Angesichts dieser Wirklichkeit können sich die Freunde der Handelsverträge nicht über die Angriffe des Agrarierthums trösten und selbst ihre Vorwürfe lächeln, Anwälte des Auslandes zu sein.

Deutsches Reich.

Herr Wesse und die Lehrervereine.

Der berliner Magistrat hatte den ehemaligen Hilfslehrern der Gemeindefschulen das Entkommen, das in der neuen Verordnungsordnung für einseitig angestellte Lehrer festgelegt ist, nicht am 1. April 1897, sondern erst von dem Zeitpunkt ab geholt, mit welchem sie förmlich als einseitig angestellte Lehrer bewiesen wurden. Hiergegen hatte der Vorstand des Berliner Lehrervereins ein Gesuch an das königliche Provinzialkollegium gerichtet, das jedoch abgelehnt wurde. Nachdem dann die Verordnungsordnung ebenfalls bestätigt worden war, hat der Vorstand die Entscheidung des Kultusministeriums anzufragen. Die „Vollstg.“ mitgeteilt wird, ist vom Minister jetzt der Bescheid erfolgt, daß es, selbst wenn der Grund dafür, nicht mit Vereinen über Angelegenheiten zu verhandeln, die mit den Interessen von ihnen und die öffentliche Stellung einzelner Lehrer betreffen, daß es aber von einzelnen Lehrern abzunehmen ist, Gesuche oder Beschwerden im vorgeschriebenen Instanzwege vorzutragen.“ Dazu bemerkt die „Vollstg.“:

Interess Erachtens sind die Lehrervereine in erster Linie dazu da, die Interessen ihrer Mitglieder nach jeder Richtung hin, also auch den vorgelegten Behörden gegenüber, zu vertreten, und es ver in facta jedenfalls die Erledigung grundsätzlicher Fragen, wenn sie nicht durch die Instanz, sondern durch die Gesamtheit der Mitglieder, oder vielmehr durch eine besondere Vertretung der Berufsangehörigen betreiben wird. Allerdings muß der Grundhieb, sich nicht mit legitimirten Beauftragten der Gesamtheit der Lehrer über Lehrverordnungsangelegenheiten in einen Meinungsstandpunkt einzulassen, ein nennend ist festgehalten worden sein. Als eine Deputation des Berliner Lehrervereins in dem Herrn Wesse im Namen von Beauftragten von Kollegen für das Jubiläumkommen des Lehrervereins in einer den Herren gewählten Audienz dankte, werden sie nicht darauf verwiesen, daß sie dazu nicht legitimirt seien, sondern daß es dem einzelnen Lehrer zu überlassen sei, seinen Empfindungen Ausdruck zu geben. Inzwischen ist es für zukünftige Fälle wichtig, zu wissen, wann die Lehrervereine selbst sind.

Nationalliberale und Konservativ.

In Hannover begannen die Nationalliberalen endlich, das konservative Voth, das ihnen — ein Erfolg der früher bewiesenen Nachgiebigkeit — verächtlich aufgezogen werden sollte, energisch abzuschütteln. Schon die Erörterungen bei den letzten Wahlen im vorigen Jahre waren danach angefallen, zu solchen Streben nach möglichster Selbstbehaltung aufzumuntern; jetzt ist es im Interesse der Selbstbehaltung geboten. Wir theilten bereits kurz mit, daß der geschäftsführende Ausschuss des Provinzialparlamentes der Nationalliberalen Partei gegen die beschlossene Gründung einer konservativen Vereinigung der

Proving Hannover eine längere Erklärung vom Stadel geflossen hat; nach dieser Erklärung ist die Partei gewillt, den ihr von den Konservativen „angebrungenen Kampf mit allem Nachdruck aufzunehmen.“

Die Abwehr durch diese Erklärung ist insbesondere geboten, weil verschiedene Anzeichen vorliegen, daß die konservative Vereinigung die persönliche und sachliche Förderung einflussreicher Beamtenstellen gestiftet hat. Es wird dann den reicheren Anhängern der konservativen Vereinigung vorgeworfen, daß es Verdrüsslichen der schlimmsten Art einhalte, und an die höchsten Stellen einer gewissenlosen, die Nationalliberalen gerichteten Agitation antimilitärisch gegen Zeugnissen erüme. Einbruch mühe erhoben werden können, daß die konservative Partei als die feindlichste Partei an sich hingestellt werde, da gerade in Hannover die Nationalliberalen Partei unter Führung Wustens der Sammel- und Anstaltsplatzpunkt der konservativen Parteien gewesen sei. Die Gründung der konservativen Partei in Hannover sei kein Produkt der Anhängen und Bestimmungen der niederländischen Bevölkerung, sondern sei angeregt von altpreußischen Staatsbeamten, vielfach Beamten, die meist nur zu vorübergehendem Aufenthalt in die Provinz gekommen sind. Die Gründung sei geeignet, den Gegensatz zwischen den alten und den neuen Provinzen zu erneuern und dadurch, daß sie unter dem Schutze persönlicher und materielle Interessen die Regierung gegen die Nationalliberalen Partei anzuregen und die Nationalliberalen Partei unter Führung Wustens der Sammel- und Anstaltsplatzpunkt der konservativen Parteien gewesen sei. Die Gründung der konservativen Partei in Hannover sei kein Produkt der Anhängen und Bestimmungen der niederländischen Bevölkerung, sondern sei angeregt von altpreußischen Staatsbeamten, vielfach Beamten, die meist nur zu vorübergehendem Aufenthalt in die Provinz gekommen sind. Die Gründung sei geeignet, den Gegensatz zwischen den alten und den neuen Provinzen zu erneuern und dadurch, daß sie unter dem Schutze persönlicher und materielle Interessen die Regierung gegen die Nationalliberalen Partei anzuregen und die Nationalliberalen Partei unter Führung Wustens der Sammel- und Anstaltsplatzpunkt der konservativen Parteien gewesen sei.

Der geschäftsführende Ausschuss hat zugleich in einer Resolution die Entlassung der nationalliberalen Partei in Berlin angefordert.

In den Theilen des Deutschen Reiches, in welchen die nationalliberale Partei noch nicht organisiert ist, und welche in der Hauptsache konservativ vertreten sind, den Vorarbeiten der konservativen Partei in Hannover entsprechend, nationalliberale Parteiorganisationen zu schaffen, um so mehr, da in diesen Gebieten nationalliberale Anführer in den breiten Schichten der Bevölkerung vertreten sind.

Mit anderen Worten: „Los vom Areal!“ Wir haben das Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Konservativen, trotz trauerlicher Erfolge, niemals für ein großes gefehlt, im Gegenteil darin immer eine Schädigung des liberalen Gedankens überhaupt erblickt. Liberal und konservativ sind zwei Gegenätze, die sich nur ganz oberflächlich verwickeln lassen, die aber immer auf neue Wege verworren werden. Wo dies nicht geschieht, sind keine gesunden Verhältnisse vorhanden. Kommt es diesmal, infolge der hannoverschen Anregung, zu einer darenen „reife“ Scheidung, so kann es uns nur angenehm sein. Den Vortheil davon wird der Liberalismus überhaupt haben, und nicht zum wenigsten auch der von der einschließenden Richtung.

Krankenkassen und Arbeitsmarkt.

In den Verwaltungen der preussischen Arbeiterversicherungen ruht ein ungeheures statistisches Material, aus welchem sich die wertvollsten Aufschlüsse über das Heben und Senken der Verhältnisse in der Arbeiterbevölkerung entnehmen lassen müßten, wenn es nur eine Statistik gäbe, die den Ereignissen auf dem Wege folgte. Jetzt ist weitgehend für einen Zweck der Arbeiterversicherung eine regelmäßige Berichterstattung organisiert, indem die Mitgliederverbände der Krankenkassen monatlich in der berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht werden. Die erste bis jetzt vorliegende Zusammenstellung bezieht sich auf 26 Städte mit mehr als 600,000 werthlosen Arbeitern. Selbst man die Mitgliederzahl des Stobers gleich 100, so liegt sie in diesen Districten zwischen im Januar 1897 auf 100, und sank im Dezember auf 96, im Januar 1898 liegt sie im November etwas höher (100), und im Dezember noch ein wenig weniger tiefer (96). In beiden Jahren wurden also von 100 Arbeitern, die im Oktober beschäftigt waren, im Dezember etwa 3 — 4 arbeitslos. In Berlin ist diese Ziffer etwas günstiger: 2 — 3, in Stuttgart jedoch ganz ausfallend ungünstig, da hier von 100 im Oktober beschäftigten Arbeitern im Dezember etwa 9 — 10 arbeitslos geworden sind. Es haben sich auch einzelne Betriebs-Krankenkassen, hauptsächlich von Straßenbahnbesitzerinnen, an die Statistik angegeschlossen. Diese zeigen ein ganz anderes Bild: Der Weihnachtsmonat brachte dem Betriebsbetriebe die reichliche Arbeit, und der Großbetrieb, wie er sich in den Betriebsstätten wieder spiegelt, leidet überhaupt nicht so sehr unter den Störungen der Jahreszeit. Insofern sind die Ziffern der Betriebskrankenkassen von Gruppe im Essen. Im Jahre 1897 lag die Arbeiterzahl von Oktober zum Dezember von 22,215 auf 22,662, im Jahre 1898 in dem entsprechenden Vergleichsmonat von 24,418 auf 24,530. In dem entsprechenden Vergleichsmonat von 2000, d. h. um zwei Gros betriebe! — Wenn das Material in Zukunft mehr nach Gewerben gliedert wird, so muß sich auf diese Art ein Ueberblick über die Zu- und Abnahme der Beschäftigung in den einzelnen Industrien gewinnen lassen. Ein solcher Ueberblick wäre von den gesundheitslichen Wirkungen. Er würde vor manchem Streit die Arbeiter rechtzeitig warnen und ebenso in anderen Fällen den Unternehmer einen Fingerzeig für rechtzeitiges Nachgeben geben, während bis jetzt in der Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes in der Regel beide Theile im Dunkeln tappen.

Anhebung der obersten Gehaltsstufe? Zu dem Beschlusse des land- und forstwirtschaftlichen Vereins zu Teltow-Gleiwitz, den Regierungspräsidenten in Oppeln um Aufhebung der Uebrigere obersten Gehaltsstufe





